



HESSEN

Bericht aus Brüssel

10/2026 vom 29.05.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13

E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis*

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	4
Energie.....	5
Wohnen.....	5
Digital.....	6
Finanzdienstleistungen.....	7
Finanzen.....	7
Soziales.....	8
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	8
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	11
Inneres.....	11
Bildung und Kultur.....	11
Information, Kommunikation und Medien.....	12
Vorschau.....	13

* Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 22.05.2026

Rat; EU-Sanktionen wegen Deportation und Verschleppung ukrainischer Kinder nach Russland

Der Rat hat am 11.05.2026 restriktive Maßnahmen gegen weitere 16 Personen und sieben Organisationen erlassen, die für Handlungen verantwortlich sind, die für die systematische rechtswidrige Deportation, Verschleppung, Zwangsassimilation, einschließlich Indoktrinierung und militarisierter Erziehung, ukrainischer Minderjähriger sowie deren rechtswidrige Adoption und Verbringung nach Russland und innerhalb der vorübergehend besetzten Gebiete verantwortlich sind. Seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Russland schätzungsweise über 20.000 ukrainische Kinder deportiert und verschleppt. Zu den in die Listen restriktiver Maßnahmen aufgenommenen Organisationen gehören unter anderem auch föderale staatliche Einrichtungen, die mit dem russischen Bildungsministerium verbunden sind. In die Listen wurden auch Beamte und Politiker aus rechtswidrig von Russland besetzten Gebieten sowie verschiedene Leiter von Jugendlagern und militärisch-patriotischen Vereinen und Organisationen aufgenommen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/11/ukrainian-children-unlawfully-deported-and-forcibly-transferred-to-russia-eu-sanctions-16-individuals-and-seven-entities/>

Rat; Unterstützung der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina

Der Rat hat am 12.05.2026 eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 15 Mio. EUR zugunsten der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina angenommen. Die neue Unterstützungsmaßnahme soll die militärischen Fähigkeiten und die Verteidigungsfähigkeiten der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina stärken. Ziel ist es, damit auch ihr Potenzial zu stärken, sich an Operationen und Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU zu beteiligen. Den Streitkräften von Bosnien und Herzegowina sollen unter anderem persönliche Schutzausrüstung, Nachsichtgeräte und Frachtfahrzeuge zur Verfügung gestellt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/12/european-peace-facility-council-adopts-the-third-bilateral-assistance-measure-in-support-of-the-armed-forces-of-bosnia-and-herzegovina/>

Europäisches Parlament

Erstmalige Verleihung des Europäischen Verdienstordens

Am 19.05.2026 wurden im Plenarsaal des EP in Straßburg die ersten Preisträger des Europäischen Verdienstordens für ihren Beitrag zur Integration und zur Verteidigung europäischer Werte geehrt. Ausgezeichnet wurden unter anderem die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel, der ehemalige polnische Präsident Lech Walesa und der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj. Der Verdienstorden wurde an 20 Trägerinnen und Träger verliehen, die allerdings nicht alle persönlich zur Vergabe der Auszeichnung in Straßburg erschienen. Neben mehreren Politikern zählen unter anderem auch Wissenschaftler, Sportler und die vier Mitglieder der Band U2 zu den Preisträgern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260513IPR43306/erstmalige-verleihung-des-europaischen-verdienstordens>

Regelmäßige Fahrzeugkontrollen: EP nimmt Verhandlungsmandat an

Am 21.05.2026 stimmte das EP für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat über neue Vorschriften für Fahrzeug- und Verkehrskontrollen. In dem vom Verkehrsausschuss vorbereiteten Verhandlungsmandat spricht sich das EP u.a. dagegen aus, die Intervalle für

technische Überprüfungen für Autos und Lieferwagen, die älter als zehn Jahre sind, von einmal alle zwei Jahre auf jährlich zu verkürzen. Um gegen Tachobetrug und Manipulationen auf dem Gebrauchtwagenmarkt vorzugehen, sollen Kfz-Werkstätten die Kilometerstände von Pkw und Lieferwagen erfassen. Hersteller wiederum sollen die Daten von vernetzten Fahrzeugen in eine nationale Datenbank eingeben. Das EP fordert darüber hinaus, dass bei Straßenverkehrskontrollen Pkws, Motorräder, Lieferwagen, Lkws und Busse auf ihren Emissionswert überprüft werden sollten und potenziell emissionsstarke Fahrzeuge weiteren technischen Inspektionen unterzogen werden müssen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-10-2026-0139_EN.html

W i r t s c h a f t

Kommission; Einholung von Rückmeldungen zu industrieller Biotechnologie und Biomanufacturing

Am 18.05.2026 hat die Kommission eine Konsultation eingeleitet, um Rückmeldungen zu Potenzialen, Hemmnissen und Handlungsbedarfen im Bereich der industriellen Biotechnologie und des Biomanufacturing in der EU einzuholen. Ziel ist es, ein genaueres Bild über bestehende Engpässe und Entwicklungsmöglichkeiten in einem für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und industrielle Transformation wichtigen Zukunftsfeld zu gewinnen.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/commission-seeks-feedback-industrial-biotechnology-and-biomanufacturing-2026-05-18_en?prefLang=de

Rat und EP; EU-US: politische Einigung im transatlantischen Zollkonflikt

Das EP und der Rat haben sich am 20.05.2026 nach mehrmonatigen Verhandlungen auf die Umsetzung der zollbezogenen Elemente der gemeinsamen EU-US-Erklärung vom 21.08.2025 geeinigt. Damit wird die politische Vereinbarung auf Seiten der EU umgesetzt, vorbehaltlich der förmlichen Annahme durch EP und Rat. Vorgesehen sind der Wegfall der verbleibenden Zölle auf US-Industriegüter sowie ein präferenzzieller Marktzugang für bestimmte US-Erzeugnisse. Die Kommission kann die Regelungen ganz oder teilweise aussetzen, wenn die USA ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder weiterhin Zölle von mehr als 15 % auf Stahl- und Aluminiumderivate aus der EU anwenden. Zudem ist vorgesehen, dass die Regelungen Ende 2029 auslaufen, sofern keine Verlängerung beschlossen wird.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/20/eu-us-trade-council-and-parliament-strike-a-deal-to-implement-the-tariff-elements-of-the-joint-statement/?utm_source=chatgpt.com

V e r k e h r

Kommission; Leitlinien zur Unterstützung des von der Nahostkrise betroffenen Verkehrssektors

Am 08.05.2026 hat die Kommission Leitlinien veröffentlicht, um den von der Krise im Nahen Osten betroffenen Verkehrssektor zu unterstützen. Darin präzisiert sie bestehende EU-Regeln insbesondere zu Fuel Surcharges, Airport Slots, öffentlichen Dienstleistungsverpflichtungen, Fluggastrechten und möglichen Reaktionen auf Jet-Fuel-Knappheiten. Ziel ist eine koordinierte und harmonisierte Anwendung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten, um Konnektivität und Binnenmarkt funktionsfähig zu halten.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-publishes-guidance-support-eu-transport-sector-affected-middle-east-crisis-2026-05-08_en

Kommission; Vorschlag zur Vereinfachung grenzüberschreitender Bahnreisen in Europa

Am 13.05.2026 hat die Kommission neue Vorschläge vorgelegt, um europaweite Bahnreisen einfacher plan- und buchbar zu machen. Vorgesehen sind insbesondere Erleichterungen bei regionalen, Fern- und grenzüberschreitenden Reisen mit mehreren Betreibern sowie ein besserer Schutz von Fahrgästen bei Reisen mit durchgehendem Ticket.
https://commission.europa.eu/news-and-media/news/one-journey-one-ticket-full-rights-simplifying-train-travel-europe-2026-05-13_en

E n e r g i e

Kommission; koordinierte EU-Reaktion auf die Jet-Fuel-Versorgungslage infolge der Nahostkrise

Am 07.05.2026 hat die Kommission die Mitgliedstaaten im Rahmen der Oil Coordination Group über eine koordinierte Reaktion auf die anhaltend angespannte Öl- und insbesondere Jet-Fuel-Versorgungslage beraten. Im Mittelpunkt standen die enge Abstimmung der Mitgliedstaaten sowie Maßnahmen zur Absicherung der Versorgung und zur Begrenzung von Marktverwerfungen infolge der Krise im Nahen Osten.
https://energy.ec.europa.eu/news/eu-prepares-coordinated-response-address-jet-fuel-supply-situation-conflict-middle-east-persists-2026-05-07_en

Kommission; Veröffentlichung eines Katalogs nationaler Praxisbeispiele zur Bewältigung der Energiekrise

Am 13.05.2026 hat die Kommission einen Katalog mit nationalen Praxisbeispielen veröffentlicht, der den Mitgliedstaaten konkrete Ansätze zur Senkung des Gas- und Ölverbrauchs, zur Kostendämpfung und zur kurzfristigen Entlastung von Haushalten, Unternehmen und öffentlichen Stellen aufzeigen soll. Die Kommission will damit zugleich die Resilienz des europäischen Energiesystems stärken.
https://energy.ec.europa.eu/news/commission-provides-eu-countries-practical-examples-address-energy-crisis-2026-05-13_en

W o h n e n

Kommission; Wohnungsfrage junger Menschen im Fokus der Europäischen Jugendwoche

Am 11.05.2026 hat die Kommission im Rahmen der Europäischen Jugendwoche die Wohnungsfrage als zentrales Thema für die junge Generation hervorgehoben. Dabei verwies sie auf den zunehmenden Druck auf junge Menschen beim Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und unterstrich die Bedeutung europäischer Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumsituation.
https://housing.ec.europa.eu/whats-new/news/european-youth-week-highlights-housing-challenge-next-generation-2026-05-11_en

Kommission; Start der Europäischen Housing Alliance

Am 12.05.2026 hat die Kommission die erste Europäische Housing Alliance gestartet. Ziel der Initiative ist es, die Zusammenarbeit, den Austausch bewährter Verfahren und das

gegenseitige Lernen zwischen Mitgliedstaaten, Regionen, Städten und weiteren Akteuren im Wohnungsbereich zu stärken. Die Kommission versteht die Alliance als Instrument zur praktischen Umsetzung des Europäischen Plans für bezahlbaren Wohnraum.

https://housing.ec.europa.eu/whats-new/news/commission-launches-european-housing-alliance-2026-05-12_en

Digital

Rat; EP; Vorläufige Trilogieeinigung beim KI-Omnibus

Rat und EU-Parlament einigten sich am 07.05.2026 auf einen Kompromiss beim KI-Omnibus. Die Verhandlungen standen unter enormen Zeitdruck, da die ersten Vorgaben aus der KI-Verordnung bereits ab dem 02.08.2026 in Kraft getreten wären. Diese Einigung sieht nun eine Fristverschiebung vor, sodass die Anwendung der Vorschriften für eigenständige Hochrisiko-KI-Systeme erst ab dem 02.12.2027 und für in Produkte eingebettete Hochrisiko-KI-Systeme erst ab dem 02.08.2028 gelten. Zudem haben sich Rat und Parlament darauf geeinigt, ein neues Verbot für Nudifier-Apps einzuführen. Weiterhin sieht der Kompromiss weitere Vereinfachungen vor, u.a. für das Zusammenspiel der KI-Verordnung mit sektoralen Harmonisierungsvorschriften. Rat und EU-Parlament müssen diese vorläufige Einigung noch formal annehmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/07/artificial-intelligence-council-and-parliament-agree-to-simplify-and-streamline-rules/>

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/agreement-reached-on-updated-ai-rules/product-details/20260506CAN78119>

Kommission; Konsultation zum Entwurf von Leitlinien für die Einstufung von Systemen der künstlichen Intelligenz mit hohem Risiko

Die EU-Kommission hat Leitlinienentwürfe auf ihrer *AI Act Single Information Platform* veröffentlicht, die präzisieren sollen, wie Hochrisikosysteme der künstlichen Intelligenz (KI) klassifiziert werden sollen. Begleitet werden die Entwürfe von einer Liste praktischer Beispiele. Interessenträger haben im Rahmen einer öffentlichen Konsultation bis zum 23.06.2026 Zeit, diese zu kommentieren. Ziel der Leitlinien ist es, KI-Anbietern und -Anwendern bei der Beurteilung zu unterstützen, inwiefern eine KI erhebliche Risiken für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte birgt.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-seeks-feedback-draft-guidelines-classification-high-risk-artificial-intelligence-systems>

Kommission; Konsultation zum Entwurf von Leitlinien für KI-Transparenzverpflichtungen

Die EU-Kommission hat einen Leitlinienentwurf zu den Transparenzverpflichtungen zur Kommentierung durch Interessenträger veröffentlicht. Diese haben bis zum 03.06.2026 Zeit ihr Feedback einzureichen. Im Rahmen der KI-Verordnung sind KI-Anbieter verpflichtet Nutzer darüber zu informieren, wenn diese mit einem KI-System interagieren, und maschinenlesbare Kennzeichnungen hinzufügen, um die Erkennung von KI-generierten oder manipulierten Inhalten zu ermöglichen. Der Entwurf baut dabei auf vergangenen Konsultationen auf. Die Leitlinien sollen noch im Juni 2026 finalisiert werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-opens-consultation-draft-guidelines-ai-transparency-obligations>

Kommission: Stärkung der Resilienz von Geldmarktfonds

Die Kommission hat am 11.05.2026 einen Bericht über die Angemessenheit der EU-Verordnung über Geldmarktfonds (GMF) aus aufsichtsrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht veröffentlicht. Der Bericht bestätigt, dass der EU-Regulierungsrahmen für Geldmarktfonds insgesamt gut funktioniert: Die Fonds halten Liquiditätsreserven über den regulatorischen Mindestanforderungen. In der EU waren Ende 2024 insgesamt 455 Geldmarktfonds mit einem Gesamtvermögen von rund 1,95 Bio. EUR tätig. Die Kommission hat den Bericht um häufig gestellte Fragen (FAQ) ergänzt, die Leitlinien zu Mindestliquiditätsniveaus und zur Verwendung von Liquiditätspuffern geben, insbesondere bei erhöhtem Rücknahmedruck in Stressphasen. Als angemessene wöchentliche Liquiditätsbenchmarks legt die Kommission 40% für Geldmarktfonds mit konstantem Nettoinventarwert und 20% für Fonds mit variablem Nettoinventarwert fest. Die Maßnahmen sollen zu einer konsistenteren und besser kalibrierten Aufsicht über Geldmarktfonds in der EU beitragen und Ansteckungsrisiken für das Finanzsystem in Krisenzeiten reduzieren.

https://finance.ec.europa.eu/news/commission-reinforces-resilience-money-market-funds-new-guidance-2026-05-11_en

Kommission: Überprüfung der Verordnung über Märkte für Krypto-Assets

Die Kommission hat am 20.05.2026 zwei parallele Konsultationen zur Überprüfung der Verordnung über Märkte für Krypto-Assets (Markets in Crypto-Assets Regulation, MiCA) gestartet: eine öffentliche Konsultation sowie eine gezielte Konsultation. Beide Konsultationen laufen bis zum 31.08.2026. Die MiCA-Verordnung ist seit dem 30.12.2024 vollständig in Kraft und schafft einen einheitlichen Regulierungsrahmen für Krypto-Asset-Emittenten und Krypto-Asset-Dienstleister (Crypto-Asset Service Providers, CASPs). Mit Ablauf der Übergangsregelung am 01.07.2026 müssen alle in der EU tätigen CASPs über eine MiCA-Zulassung verfügen. Die Überprüfung dient dazu, Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung zu sammeln und möglichen Anpassungsbedarf zu identifizieren. Dabei werden u.a. Aspekte wie dezentralisiertes Finanzwesen (DeFi), nicht fungible Token (NFT) sowie Bereiche geprüft, in denen MiCA möglicherweise nicht ausreichend Klarheit schafft.

https://finance.ec.europa.eu/digital-finance/crypto-assets_en

Finanzen

Kommission; NextGenerationEU (NgenEU) – dritte Auszahlung an DEU

Die Kommission hat im Rahmen von NgenEU insgesamt 5,85 Mrd. EUR an DEU und die SLK ausgezahlt, um transformative Reformen und Investitionen zu fördern. DEU erhielt im Rahmen der dritten Auszahlung insgesamt 4,6 Mrd. EUR aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (Arf). Die Mittel fließen unter anderem in Reformen zur Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, wodurch Governance-Strukturen verbessert und öffentliche Dienstleistungen effizienter gestaltet werden sollen. Darüber hinaus werden Investitionen in energieeffiziente Gebäuderenovierungen und der Ausbau der Elektromobilität gefördert. Den Zahlungsantrag hatte DEU am 16.02.2026 eingereicht, die Kommission genehmigte ihn am 13.03.2026. Mit dieser Auszahlung hat DEU nun rund 80 Prozent seiner gesamten Mittelzuweisung in Höhe von 30,3 Mrd. EUR erhalten. Da die Arf planmäßig Ende 2026 ausläuft, müssen die Mitgliedstaaten ihre verbleibenden Etappenziele bis August umsetzen und ihre abschließenden Zahlungsanträge spätestens bis September einreichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_956

EuGH; Zugang zu Sozialhilfeleistungen und zur Beschäftigung

Am 07.05.2026 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-747/22, dass die Voraussetzung eines zehnjährigen Wohnsitzes für den Bezug von Sozialleistungen (sog. „Bürgergeld“) in Italien eine mittelbare Diskriminierung von international Schutzberechtigten darstellt. Ein subsidiär Schutzberechtigter, der seit 2011 rechtmäßig in Italien lebte, hatte das Bürgergeld erhalten, das durch berufliche und soziale Eingliederungsmaßnahmen ergänzt wird. Nach einer Überprüfung durch das Nationale Institut für Sozialfürsorge (INPS) wurde die Zahlung jedoch eingestellt, da der Betroffene die Voraussetzung eines zehnjährigen, davon zwei Jahre ununterbrochenen Wohnsitzes nicht erfüllte. Der EuGH stellte fest, dass das „Bürgergeld“ sowohl eine Maßnahme des Zugangs zur Beschäftigung als auch eine Kernleistung in Form eines Mindesteinkommens darstellt, die dem Grundsatz der Gleichstellung zwischen international Schutzberechtigten und eigenen Staatsangehörigen unterliegt. Obwohl die Wohnsitzvoraussetzung formal für alle Einwohner gilt, benachteiligt sie in erster Linie Ausländerinnen und Ausländer und stellt somit eine mittelbare Diskriminierung dar. Die Gewährung von Sozialleistungen verursache für die betroffene Einrichtung unabhängig vom Status der Person die gleichen Kosten. Zudem sieht das Unionsrecht die Dauer der Anwesenheit im Hoheitsgebiet nicht als Kriterium für die Gewährung solcher Leistungen vor. Der EuGH betonte, dass die Voraussetzung eines zehnjährigen Wohnsitzes gegen das Ziel des Unionsrechts verstößt, international Schutzberechtigten – deren Status nicht dauerhaft ist und aberkannt werden kann – ein Mindestniveau an Leistungen zu bieten. Das Urteil basiert auf Art. 26 und Art. 29 der Richtlinie 2011/95/EU, die den Zugang zu Sozialhilfe und Beschäftigung für Schutzberechtigte regeln.

<https://curia.europa.eu/site/upload/docs/application/pdf/2026-05/cp260068de.pdf>

Kommission; Antwort auf die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Konversionsmaßnahmen“

Am 12.05.2026 nahm die EU-Kommission eine Mitteilung als Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Verbot von Konversionspraktiken in der Europäischen Union“ an. Die Initiative, die von 1,1 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurde, fordert ein EU-weites Verbot dieser Praktiken, die auf der falschen Annahme beruhen, LGBTIQ+-Personen seien krank. Die Kommission kündigte an, 2027 eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten zu veröffentlichen, in der diese aufgefordert werden, Konversionspraktiken zu verbieten. Die Empfehlung soll auf einem strukturierten Dialog mit den Mitgliedstaaten, guten Praktiken aus Ländern mit bestehenden Verböten und den Ergebnissen einer vertieften Studie zu Konversionspraktiken basieren, die für Anfang 2027 erwartet wird. Die Kommission verwies jedoch darauf, dass für ein EU-weites Verbot die rechtliche Grundlage fehle und Einstimmigkeit aller 27 Mitgliedstaaten erforderlich sei. Bislang haben acht EU-Länder, darunter Deutschland, solche Verböte erlassen. Die Empfehlung der Kommission wird Maßnahmen umfassen, um das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen, Opfern zu helfen und die medizinische sowie psychologische Unterstützung zu stärken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1070

Gesundheit und Verbraucherschutz

EP; Rat; Vorläufige Einigung zum Rechtsakt für kritische Arzneimittel

Rat und Europäisches Parlament erzielten in der Nacht vom 11. auf den 12.05.2026 in der dritten Trilog-Verhandlung eine vorläufige Einigung zum Rechtsakt für kritische Arzneimittel. Dieser wurde im Arbeitsprogramm für 2025 angekündigt, um die Versorgungssicherheit und Verfügbarkeit von kritischen Arzneimitteln zu gewährleisten, gravierende

Arzneimittelengpässe zu beseitigen sowie die allgemeine Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und den Zugang zu Arzneimitteln sicherzustellen. Der Kompromisstext sieht Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen, die gemeinsame Beschaffung, Notlagerbestände sowie Arzneimittel für seltene Krankheiten (Orphan Drugs) vor. Unter anderem sollen Resilienz Kriterien bei Vergabeverfahren für kritische Arzneimittel Anwendung finden und die Herstellung kritischer Arzneimittel und ihrer Wirkstoffe innerhalb der EU incentiviert werden. Außerdem soll ein Datenaustausch über Notfalllagerbestände zwischen den Mitgliedsstaaten etabliert werden. Ein Umverteilungsmechanismus zwischen Mitgliedsstaaten soll auf freiwilliger Basis erfolgen. Rat und Parlament müssen den Text nochmals formal annehmen, nachdem er sprachrechtlich geprüft wurde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1017

Rat; Schlussfolgerungen zu Sporttourismus als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung

In der Sitzung vom 12.05.2026 hat der Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (Teil Kultur und Sport) Ratsschlussfolgerungen zu Sporttourismus als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung gebilligt. Dabei verweist der Rat unter anderem auf die Ziele des Arbeitsplans der EU für Sport 2024-2027. Sporttourismus diene als Instrument für nachhaltige Entwicklung, indem er territorialen Zusammenhalt stärke, hochwertige Arbeitsplätze schaffe und die internationale Sichtbarkeit weniger bekannter Gastgeberregionen erhöhe. Neben sektorübergreifender Zusammenarbeit zwischen Behörden, lokalen Unternehmen und Sportorganisationen brauche es nachhaltige Verkehrslösungen, digitale Innovation, Initiativen zum Kapazitätsaufbau und finanzielle Unterstützung. Durch die Verknüpfung von Sport, Tourismus und lokalen Gemeinschaften soll Wohlstand unter gleichzeitigem Schutz der Umwelt erzielt werden. In diesem Rahmen wird Sportorganisationen unter anderem empfohlen, dem Green Sport Manifesto im Rahmen der SHARE 2.0-Initiative beizutreten. Die Initiative wurde ursprünglich 2018 durch die Kommission für die Stärkung des Bewusstseins der Bedeutung von Sport für die regionale und lokale Entwicklung ins Leben gerufen.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2026/05/12/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; Passagierpaket angenommen

Die Kommission hat am 13.05.2026 in Form eines Verordnungsvorschlags ein „Passagierpaket“ angenommen, welches unter dem Motto „Eine Fahrt, ein Ticket, volle Rechte“ steht. Zu den Kernpunkten des Pakets gehört ein zentrales Buchungsrecht („One journey, one ticket“). Reisende sollen künftig komplexe Bahnreisen über Ländergrenzen und verschiedene Bahngesellschaften hinweg in einem einzigen Buchungsvorgang auf einer Plattform ihrer Wahl kaufen können. Große Bahnunternehmen (Marktanteil über 50%) sollen verpflichtet werden, ihre Ticketdaten und Angebote für andere Verkäufer und Portale zu öffnen. Ferner werden die Rechte bei verpassten Anschlüssen gestärkt. Bisher galten bei getrennt gebuchten Tickets oft keine durchgehenden Rechte. Mit dem neuen Einzelticket sollen Passagiere bei Verspätungen für die gesamte Strecke geschützt bleiben. Bei verpassten Anschlüssen soll ein garantierter Anspruch auf kostenlose Umleitung zum Ziel, Erstattung oder Entschädigung sowie Unterstützung (Verpflegung/Hotel) bestehen, selbst wenn der Anschluss von einem anderen Unternehmen betrieben wird. Auf Wunsch müssen auch die CO2-Emissionen verschiedener Reiseoptionen (z. B. Vergleich Bahn vs. Flug) angezeigt werden, um nachhaltiges Reisen zu fördern.

https://transport.ec.europa.eu/document/download/17596ca2-fad5-467e-b71a-c490baf0bcd1_en?filename=Proposal_on_multimodal_booking.pdf

Kommission; Veröffentlichung der Initiative für Resilienz im Bereich der globalen Gesundheit

Am 13.05.2026 veröffentlichte die Kommission die, von Kommissionspräsidentin von der Leyen in der Rede zur Lage der Union 2025 angekündigte, Initiative für Resilienz im Bereich

der globalen Gesundheit. Die Initiative ist Teil des Arbeitsprogramms der Kommission für 2026 und baut auf der EU-Strategie für globale Gesundheit (2022), der Global-Gateway-Strategie (2021) sowie den weiteren Initiativen zum Aufbau der Europäischen Gesundheitsunion auf. Die Kommission reagiert mit der Initiative auf den erheblichen Rückgang der int. Gesundheitsfinanzierung (minus 21 % zwischen 2024 und 2025), die zunehmende Geopolitisierung von Gesundheitsfragen sowie auf strukturelle Schwächen in der globalen Gesundheitsarchitektur. Fünf Kernprioritäten sollen auf regionaler, nationaler und globaler Ebene im Gesundheitsbereich die Vorsorge verbessern, die Koordinierung optimieren und resiliente Systeme aufbauen; darunter: Förderung einer effektiveren und weniger fragmentierten globalen Gesundheitsarchitektur; Unterstützung widerstandsfähiger und von den Mitgliedsstaaten selbst gesteuerten Gesundheitssysteme; Stärkung der Pandemieprävention und Krisenreaktion; Diversifizierung der Lieferketten sowie Förderung des Vertrauens in die Wissenschaft und Bekämpfung von Des- und Fehlinformation.

https://international-partnerships.ec.europa.eu/document/download/c0e94b0c-e9ed-4088-9a7b-1ed94c34df48_en?filename=com-2026-197-1-act-part1-ghri_en.pdf

Kommission; Initiative zur Überarbeitung der Vorschriften zu Tabakerzeugnissen und -werbung, Aufforderung zur Stellungnahme

Die Kommission hat am 18.05.2026 die Sondierung für eine Initiative zur Überarbeitung der Richtlinie für Tabakerzeugnisse (2014/40/EU) und der Richtlinie über Tabakwerbung (2003/33/EG) eröffnet. Gegenstand der Initiative ist die am 02.04.2026 veröffentlichte Bewertung der Kommission zu beiden Richtlinien (SWD (2026) 111 final). Auf dieser Basis werden folgende Handlungsoptionen vorgesehen: weitere Anforderungen für bestehende Tabak- und verwandte Erzeugnisse, Ausweitung der Vorschriften für Aromen, Einweg- E-Zigaretten, Tabakerhitzer, Nikotinbeutel und nikotinfreie Systeme, strengere Kennzeichnungs- und Verpackungsvorgaben einschließlich Einheitsverpackung, Schärfung der Regeln für digitales Marketing und Werbung sowie Vereinfachung der Richtlinien mit dem Ziel des Bürokratieabbaus. Die Überarbeitung der Richtlinien soll die Ziele des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung unterstützen und dazu beitragen, eine tabakfreie Generation bis 2040 zu erreichen. Die Sondierung ist bis 15.06.2026 für Rückmeldungen geöffnet. Eine Vorlage der Revisionen ist bis Dezember 2026 angestrebt.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/17612-Tobacco-products-and-tobacco-advertising-revision-of-EU-rules_en

https://health.ec.europa.eu/publications/staff-working-document-evaluation-tobacco-products-directive-tobacco-advertising-directive-and_en?prefLang=de

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Konsultation zu aktualisierten Referenzwerten des Emissionshandelssystems

Die Kommission hat am 11.05.2026 den Entwurf für die aktualisierten Benchmarks (Referenzwerte) des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) für den Zeitraum 2026-2030 zur öffentlichen Konsultation vorgelegt. Diese Benchmarks sind für die Industrie bedeutend, da sie festlegen, wie viele kostenlose Emissionszertifikate Industrieanlagen erhalten. Ziel ist es, die europäische Industrie vor Wettbewerbsnachteilen durch Carbon Leakage zu schützen und gleichzeitig Anreize für Dekarbonisierung zu setzen. Mit den vorgeschlagenen Benchmarks soll die Industrie im Durchschnitt weiterhin kostenlose Zuteilungen erhalten, die rund 75 % ihrer Emissionen abdecken. Die Kommission will auf die Bedenken der Industrie eingehen, indem sie die verfügbaren rechtlichen Flexibilitätsmöglichkeiten in vollem Umfang nutzt. Die Konsultationsfrist endet am 08.06.2026.

J u s t i z

Rat/EP; Trilog-Einigung zu einer Verordnung über den Schutz Erwachsener

Rat und EP haben sich am 12.05.2026 auf Vorschriften zum Schutz von Erwachsenen in grenzüberschreitenden Fällen geeinigt, die beispielsweise bei medizinischen Entscheidungen, der Wahl ihres Wohnortes oder der Vermögensverwaltung auf Unterstützung angewiesen sind, weil sie die Entscheidungen nicht (mehr) selbst treffen können. Die neuen Vorschriften regeln, welches Gericht für den Erlass von Maßnahmen zuständig ist, welches Recht Anwendung findet und unter welchen Voraussetzungen im Ausland festgelegte Maßnahmen oder Vertretungsbefugnisse anzuerkennen und umzusetzen sind. Hinsichtlich der Vertretungsbefugnisse soll ein EU-Zertifikat eingeführt werden, das EU-weit die Befugnis der benannten Person nachweist, den Erwachsenen zu vertreten oder zu unterstützen. Wenn die Verordnung vom Rat und EP förmlich angenommen wurde, tritt sie zwanzig Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260504IPR42617/deal-to-improve-the-protection-of-vulnerable-adults>

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/12/council-and-parliament-strike-deal-on-new-eu-rules-to-protect-vulnerable-adults/>

I n n e r e s

Kommission; Fünfter Schengen-Statusbericht vorgelegt

Die Kommission hat am 18.05.2026 ihren fünften Schengen-Statusbericht vorgelegt, der die Entwicklungen des vergangenen Jahres 2025 im Schengen-Raum beleuchtet und Prioritäten für die Zukunft festlegt. Danach sind beispielsweise die illegalen Grenzübertritte im Jahr 2025 (im Vergleich zum Jahr 2024) um 26 % zurückgegangen und die Rückkehrquote auf 28 % gestiegen. Als wichtigen Meilenstein für den Schutz der Außengrenzen hebt die Kommission in dem Bericht zudem die vollständige Einführung des digitalen Einreise-/Ausreisystems EES im April 2026 hervor. Für den Schengen-Zyklus 2026-2027 kündigt sie als Prioritäten unter anderem einen Vorschlag für einen überarbeiteten Visakodex und die Fortsetzung der Digitalisierung von Verfahren (unter anderem mit Einführung des Reisegenehmigungssystems ETIAS für visumsbefreite Reisende sowie einen Legislativvorschlag für die Digitalisierung der Rückkehrverfahren) an.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1015

B i l d u n g u n d K u l t u r

Rat; Bildung; Erasmus+; Fortführung der Verhandlungen

Am 11.05.2026 hat der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport unter zyprischem Vorsitz getagt. Im Teil Bildung stand mit der Verordnung für das EU-Förderprogramm Erasmus+ ab 2028 ein sehr relevanter Punkt auf der Agenda, zu dem sich die Ministerinnen und Minister austauschten. Die Delegationen verabschiedeten eine sog. Partielle allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsentwurf der Kommission. Die zyprische Präsidentschaft bezeichnete den Text als ausgewogen. Die Einigung gebe wichtige Antworten auf die wichtigsten Fragen:

Insbesondere zu den Themenbereichen der Drittstaatenassoziiierung, der zukünftigen Governance-Strukturen (politische Steuerung) und zur Bedeutung des Europäischen Bildungsraums seien im Kompromisstext wichtige Weichen gestellt worden. Im vereinbarten Ansatz für die politische Steuerung seien die Rechte der Mitgliedstaaten gewahrt worden (separate Arbeitsprogramme sind für neue Aktionen vorgesehen). Die Kommission forderte auf der Ratstagung, dass das Programm künftig inklusiver werden und einen Beitrag zur Resilienz der EU-Gesellschaften beitragen müsse. Die deutsche Ratsdelegation stimmte dem Kompromisstext zu und monierte wie weitere Delegationen zugleich den unklaren europäischen Mehrwert sowie hohe Kosten, die durch eine neue umstrittene Form von Stipendien entstehe, welche die Kommission einführen wolle.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/11/erasmusplus-council-agrees-position-on-the-eu-s-flagship-programme-for-education-and-training-youth-and-sport/>

Rat; Kultur; Förderprogramm AgoraEU; Kulturförderung

Der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport hat am 12.05.2026 in der Formation Kultur unter zyprischem Vorsitz getagt und sich insbesondere mit dem neuen EU-Förderprogramm AgoraEU befasst, das ab 2028 aufgelegt werden soll. Der Rat hat eine sog. Partielle allgemeine Ausrichtung beschlossen, um in Verhandlungen mit dem EP zur weiteren Ausgestaltung zu treten. Das Programm soll die Bereiche Kultur, Medien, Film und demokratische Teilhabe in Europa und Partnerstaaten fördern. Das Programm soll sich in die Bereiche „Kreatives Europa – Kultur“, „MEDIA+“ sowie „CERV+“ untergliedern. Unterstützt werden sollen u.a. grenzüberschreitende Kultur- und Filmprojekte, unabhängiger Journalismus, Literatur sowie die aktive Bürgerschaft. Der Rat betont in seiner Position die doppelte Bedeutung der Kultur- und Kreativsektoren als kulturellen Wert und wirtschaftlichen Faktor. Mit Blick auf Digitalisierung und KI hebt der Ratsbeschluss hervor, dass menschliche Kreativität unersetzbar bleibt. Die zuständige EU-Kommissarin Virkkunen erklärte, der Verordnungstext betreffe das Herz Europas und sei zentral für einen starken und resilienten Kultur- und Mediensektor. Die zyprische Ratspräsidentschaft begrüßte, dass die Einigung mehrere relevante Punkte beinhalte, u.a. die Beibehaltung der Programmausschüsse und der Beratungsstellen („Desks“), rechtssichere Begriffsbestimmungen, den Verweis auf das historische Gedächtnis Europas und auch auf die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/12/agoraeu-council-agrees-partial-mandate-on-new-programme-to-support-culture-media-and-democratic-values>

Information, Kommunikation und Medien

EuGH; Online-Nutzung von Presseveröffentlichungen

Die Große Kammer des EuGH hat mit Urteil vom 12.05.2026 in der Rechtssache C-797/23 entschieden, dass die Mitgliedstaaten vorsehen können, dass Presseverlage einen Anspruch auf eine angemessene Vergütung haben, wenn sie Anbietern von Online-Diensten die Erlaubnis erteilen, ihre Veröffentlichungen zu nutzen. Meta Platforms Ireland hatte gegen entsprechende italienische Rechtsvorschriften geklagt und geltend gemacht, dass diese über den in der Urheberschaftsrichtlinie 2019/790 vorgesehenen Schutz von Presseveröffentlichungen hinausgehen. Der EuGH ist dem nicht gefolgt. Seiner Ansicht nach ist ein Anspruch auf eine angemessene Vergütung für Verlage mit dem Unionsrecht vereinbar, sofern diese Vergütung die wirtschaftliche Gegenleistung für die Erlaubnis zur Online-Nutzung ihrer Veröffentlichungen darstellt. Die Verlage müssen darüber hinaus die Möglichkeit haben, diese Erlaubnis zu verweigern oder sie unentgeltlich zu erteilen.

Außerdem darf von Anbietern, die diese Veröffentlichungen nicht nutzen, keine Zahlung verlangt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-797/23>

Rat; Tagung des Rates Medien am 12.05.2026

Die für Medien zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten haben sich auf der Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport am 12.05.2026 mit der geplanten Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) befasst. Elf Mitgliedstaaten, darunter DEU, gaben eine Erklärung ab, in der sie zwei Themen als Schlüsselziele für die Revision benannten: die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen („level playing field“) sowie den Zugang der Öffentlichkeit zu verlässlichen Informationen und vielfältigen Perspektiven. Sie fordern insbesondere, bei der Revision wirksame, verbindliche und ehrgeizige Vorschriften hinsichtlich der Auffindbarkeit, Sichtbarkeit und Hervorhebung von Mediendiensten und Inhalten in allen für die Meinungsbildung relevanten Kanälen festzulegen. Die Schaffung eines europäischen Rahmens für eine sog. Auffindbarkeitsregelung zählt zu den Kernforderungen von Bund und Ländern mit Blick auf die Überarbeitung der AVMD-Richtlinie.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2026/05/12/>

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

29.05.2026	Rat Wettbewerbsfähigkeit (Forschung und Raumfahrt)
01./02.06.2026	Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Kultur
04./05.06.2026	Rat Justiz und Inneres
04./05.06.2026	Informelle Ministertagung Kohäsionspolitik
05.06.2026	Gipfeltreffen EU-Westbalkan

Europäische Kommission

29.05.2026	Orientierungsdebatte zu den EU-China-Beziehungen
03.06.2026	Orientierungsdebatte zum Vergaberechtsgesetz Technologisches Souveränitätspaket: - Strategische Roadmap für Digitalisierung und KI im Energiesektor - Mitteilung zur europäischen technologischen Souveränität - Cloud- und KI-Entwicklungsgesetz - Chips Act 2

Europäisches Parlament

Die nächsten zwei Wochen ist sitzungsfreie Zeit.

Europäischer Ausschuss der Regionen

01.06.2026 NAT-Fachkommissionssitzung
Gemeinsame Marktorganisations für landwirtschaftliche
Erzeugnisse und EU-Schulprogramm (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

03.06.2026
Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-1078/23 Meta Platforms / Kommission – Benennung von zentralen Plattformdiensten nach dem DMA

04.06.2026
Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C 722/23 Rugu und C 91/24 Aucroix – Europäischer Haftbefehl: Vollstreckung der Freiheitsstrafe im Inland (BEL)

04.06.2026
Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 147/24 Safi – Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Elternteils eines Kindes mit inländischer Staatsangehörigkeit (NDL)

04.06.2026
Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-621/24 Landkreis Schweinfurt – Leistungen für abgelehnte Asylbewerber (DEU)

04.06.2026
Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-560/24 Besthame – Aufenthaltsrecht: Scheinehe (IRL)

04.06.2026
Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 553/24 Assemblée nationale / Parlament und Rat – Nichtigkeitsklage gegen Verordnung 2024/1351 über Asyl- und Migrationsmanagement

04.06.2026
Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-41/25 Orsay – Gerichtliche Zuständigkeit in Insolvenzverfahren: Grundsatz der Staatenimmunität (DEU)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 08.06.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA